

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom Dienstag, 15. April 1997

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: König

Sämtliche Stadtratsmitglieder waren geladen. Erschienen waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Luther, Platzer, Portenlänger, Seidinger und Will sowie die Stadträte Abinger, Berberich, Geislinger, Heilbrunner, Krug, Lachner, Mühlfenzl, Ostermaier, Riedl, Schechner, Schuder, Schurer und Spötzl.

Entschuldigt fehlten 3. Bürgermeister Ried sowie die Stadträte August und Reischl.

Beratend nahm an der Sitzung Herr Hilger teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte 1. Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Stadtrates fest.

TOP 1

Genehmigung der verkürzten Ladungsfrist
öffentlich

Vom 1. Bürgermeister wurde darauf hingewiesen, daß die Verwaltung die Ladefrist für die Stadtratssitzung versehentlich um einen Tag nicht eingehalten hat. Er bat, dies zu entschuldigen und die verkürzte Ladungsfrist zu genehmigen.

Der Stadtrat beschloß mit 22 : 0 Stimmen, die verkürzte Ladefrist zu genehmigen.

TOP 2

Beschlußfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 1997 samt Anlagen
öffentlich

Stadtkämmerer Hilger trug dem Stadtrat die wesentlichen Gesichtspunkte des Haushalts 1997 vor. Dem Finanzausschuß war von der Verwaltung am 25.03.1997 ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt und ein nicht abgeglicher Vermögenshaushalt vorgelegt worden. Der Ausschuß hat auf der Basis von Vorschlägen der Verwaltung auch einen Abgleich für den Vermögenshaushalt finden können. Der nun vorgelegte Haushalt umfaßt somit ein Volumen von 27.721.000,00 DM im Verwaltungshaushalt und von 9.735.000,00 DM im Vermögenshaushalt. Die Hebesätze zur Grund- und Gewerbesteuer bleiben mit 270 bzw. 300 Punkten wie im Vorjahr unverändert. Die Steuerkraft konnte von 1.493,45 im Jahr 1996 auf 1.551,59 DM pro Einwohner im Jahr 1997 gesteigert werden. Dies ist vor allem auf die guten Gewerbesteuerergebnisse von über 9 Mio. DM im Jahr 1995 zurückzuführen. Die Stadt hat damit die höchste Steuerkraft im Landkreis. Dies bedingt auch einen hohen Abgabeanteil insbesondere bei der Kreisumlage und der Gewerbesteuerumlage.

Im Verwaltungshaushalt wurde der im vergangenen Jahr eingeschlagene Sparkurs bei den Sach- und Personalausgaben beibehalten.

Ein weiteres wesentliches Standbein des Haushalts sind die inzwischen grundsätzlich kostendeckenden Gebühren geworden. Sie umfassen ca. 19. % des Verwaltungshaushaltes. Die Kalkulation der erwarteten Gewerbesteuereinnahmen ist mit 8,2 Mio. DM an die Obergrenze des möglichen gegangen. Die Kämmerei hofft, daß dieser Ansatz bis zum Jahresende gehalten werden kann. Dies ist nur dann möglich, wenn zahlreiche Ebersberger Betriebe gute Ergebnisse für die Jahre 1995 und auch 1996 aufweisen können. Im Gewerbesteueransatz ist der Wegfall der Gewerbekapitalsteuer ab dem Jahr 1997 unberücksichtigt. Dies betrifft Ebersberg in einer Größenordnung von ca. 380.000,00 DM. Die Kommunen sollen hierfür Anteile aus der Umsatzsteuer erhalten. Konkrete Angaben liegen bisher nicht vor. Modellrechnungen weisen jedoch darauf hin, daß für Ebersberg möglicherweise ein geringerer Umsatzsteueranteil entstehen könnte, als Gewerbekapitalsteuer wegfällt. Zusätzlich muß die Stadt ab dem Jahr 1998 mit niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen aufgrund erhöhter Freibeträge bei der Gewerbeertragssteuer rechnen.

Ebenfalls zurückgegangen ist die erwartete Einkommenssteuerbeteiligung um 432.000,00 auf nunmehr 7.709.000,00 DM für 1997. Damit ist die Einkommenssteuer nur noch zweitgrößte Einnahmequelle der Stadt.

Auf der Ausgabenseite schlägt die Kreisumlage bei 49 % Punkten mit 7.916.000,00 DM zu Buche. Die Stadt zahlt damit aufgrund ihrer hohen Steuerkraft 12,6 % der gesamten Kreisumlage, während der Bevölkerungsanteil nur bei ca. 9,4 % liegt. Kreisumlage, Solidarumlage und Gewerbesteuerumlage nehmen insgesamt 55 % der Einnahmen aus dem Einzelplan 9 wieder weg.

Der aus dem Verwaltungshaushalt erwirtschaftete Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt von 1.591.000,00 DM liegt gerade noch um 138.000,00 DM über der notwendigen Pflichtzuführung. Er kann damit keinen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt mehr bilden.

Nach den vom Finanzausschuß angenommenen Kürzungsmaßnahmen ist auch der Vermögenshaushalt 1997 ausgeglichen. Er liegt um ca. 9,5 % höher als im Vorjahr. Der Ausgleich war unter anderem nur dadurch möglich, daß der Bau des Museums Wald und Umwelt heuer nicht fortgeführt wird und eine Reihe von Straßenbaumaßnahmen gestrichen bzw. verschoben werden mußten. Der Vermögenshaushalt umfaßt deshalb zum großen Teil die Fortführung bereits laufender Maßnahmen. Als neue Investitionsmaßnahme ist lediglich der Bau des 4. Kindergartens enthalten.

Der Vermögenshaushalt finanziert sich zu 34 % aus Zuschüssen, 51 % aus Eigenmitteln (Zuführung und Rücklagenentnahme sowie Beiträge und Verkäufe) sowie 15 % aus Kreditaufnahmen. Die Tilgungen umfassen 23 % des Vermögenshaushalts. Die wesentlichen Investitionen des Vermögenshaushalts liegen mit ca. 1,6 Mio. DM im Straßenbau, 1,5 Mio. im Abwasserbereich, 1,3 Mio. beim Bürgerhaus und 850.000,00 DM für den Bau des 4. Kindergartens.

Die Schulden verringern sich von 17.789.000,00 DM zu Jahresbeginn auf 16.989.000,00 DM zum Ende des Haushaltsjahres 1997. Die Stadt hat dann noch eine Verschuldung von 1.629,00 DM pro Einwohner. Die Kreditneuaufnahme von 1.452.000,00 DM wird im wesentlichen für die Fertigstellung des Bürgerhauses verwendet. Dieser Kredit für eine nichtrentierliche Maßnahme soll jedoch nur kurzfristig aufgenommen und in den nächsten drei bis vier Jahren wieder getilgt werden. Die Rücklage konnte zum Ende des Jahres 1996 noch durch unerwartete Einnahmen verstärkt werden. Die nunmehr vorgesehene Entnahme von 1.115.000,00 DM ist zur Tilgung des Zwischenkredits Bürgerhaus sowie für den Bau des 4.

Kindergartens verwendet. Die Rücklage enthält ferner die Sicherstellung der erhöht zu erwartenden Kreisumlage 1998 (aus Gewerbesteuermehreinnahmen 1996) sowie die Risikoabdeckung für einen zweifelhaften Steuerfall. Zum Jahresende wird die Rücklage voraussichtlich noch 1.247.000,00 DM betragen.

Der Finanzplan wurde anhand der vom Innenministerium herausgegebenen Orientierungsdaten erstellt. Das Investitionsprogramm stellt eine Auflistung der Investitionswünsche des Stadtrates dar. Dies umfaßt für die Jahre 1998 bis 2000 ein Volumen von ca. 17 Mio. DM. Der Stadtrat wird hierfür die Prioritäten entsprechend der jeweiligen Haushaltssituation immer wieder neu festsetzen müssen.

Stadtkämmerer Hilger empfahl dem Stadtrat abschließend, den Haushalt so wie vorgetragen und vom Finanzausschuß empfohlen zu verabschieden.

Für die CSU-Fraktion dankte Stadtrat Ostermaier dem Kämmerer für die geleistete solide Arbeit. Er wies darauf hin, daß einerseits zwar die Rücklage gering sei, sich aber auch der Schuldenstand leicht verringere. Der Stadtrat müsse sich bewußt sein, daß Spielraum nur durch die Erhöhung von Einnahmen oder die Verringerung von Ausgaben geschaffen werden könne. Hierzu muß der Stadtrat Prioritäten setzen. Dennoch kann die Stadt heute bei einer relativ gesicherten Gewerbesteuereinnahme auf die Grundlagen bauen, die frühere Stadträte durch die Ausweisung des Gewerbegebiets gelegt haben. Deshalb soll auch der heutige Stadtrat durch die Ausweisung von Gewerbeflächen für Einheimische diese Richtung fortsetzen. Wichtig sei auch, daß die Gebührenhaushalte kostendeckend sind. Damit ist auch die Diskussion um evtl. andere Betriebsformen für Wasser- und Abwasserbeseitigung entschärft worden. Im einzelnen wies er beispielhaft auf Einsparungsmöglichkeiten bei der Grünflächenpflege hin. Hier könne bereits durch geeignete Planungen der Folgeaufwand besser berücksichtigt werden. Ebenso könnte bei der Pflege des Stadtwalds durch Landwirte kostengünstiger gearbeitet werden, als dies derzeit der städtische Bauhof macht. Deshalb sollten für den Stadtwald die Unterhaltsarbeiten privatisiert werden oder aber der Stadtwald zum Teil als Tauschobjekt für andere Grunderwerbsfälle abgegeben werden. Ebenso halte er es nicht für notwendig, daß die Stadt eigene Mietwohnungen im bestehenden Umfang unbedingt behalten müsse. Eine weitere Einsparungsmöglichkeit bestehe auch bei der Vergabe von Planungs- und Projektierungsaufträgen. Die derzeitige Praxis orientiere sich nicht vordringlich an einer kostengünstigen Verwirklichung von Investitionsmaßnahmen der Stadt.

Abschließend wies er darauf hin, daß der Stadtrat das ihm gegebene Instrument „Haushaltsplan“ gezielt nutzen solle, um auch finanziell zum Vorteil der Stadt zu wirken.

In der Stellungnahme der SPD-Fraktion wies Stadtrat Schurer darauf hin, daß der Haushalt 1997 trotz gewisser Probleme während der Vorberatungen insgesamt keine unüberwindbaren Hindernisse enthalten habe. Die Kämmerei habe wieder in bewährter, anerkannter Weise einen Haushalt vorgelegt, der auf realistischen Ansätzen basiert. Dabei ist die Gesamtsituation im Vergleich zu früheren Jahren unbestreitbar schwieriger geworden, im Vergleich zu anderen Gemeinden steht die Stadt Ebersberg dennoch relativ gut da. Dabei profitiert die Stadt zum Teil immer noch von Drittmitteln, zum Beispiel aus der Städtebauförderung. Durch die relativ geringe Zuführung zum Vermögenshaushalt ist es notwendig geworden, die für Investitionen vorhandene Mittel vor allem auf die Fortführung begonnener Maßnahmen zu konzentrieren.

Hinsichtlich der Einnahmensituation muß festgestellt werden, daß bei Einkommenssteuer und Gewerbesteuer eine gewisse Steigerung eingetreten ist. Wenn auch in den vergangenen Jahren beim Rechnungsabschluß am Jahresende regelmäßig ein Überschuß erreicht werden konnte, müsse man dennoch Verständnis für die von der Kämmerei vorgelegten richtig eingeschätzten Ansätze, insbesondere bei der Gewerbesteuer zeigen. Die Verwaltung habe jedoch möglicherweise ein Konzept für die Verwendung solcher evtl. Mehreinnahmen. Stadtkämmerei Hilger wies hierzu nochmals darauf hin, daß er den Ansatz bei der

Gewerbsteuer für außerordentlich hoch halte, so daß derzeit eine Erhöhung nicht verantwortbar sei. Die Kämmerei werde dem Finanzausschuß jedoch wie im vergangenen Jahr vierteljährlich über die Haushaltsentwicklung berichten, so daß auf mögliche Veränderungen reagiert werden kann. Die Entscheidung über eine letztendliche Verwendung von Mehreinnahmen, sei es zur Tilgung, zur Rücklagenbildung oder für Investitionen, liegt beim Stadtrat.

Stadtrat Schurer wies weiter darauf hin, daß die wichtigen Gebührenhaushalte neu kalkuliert worden sind. Damit ist sichergestellt, daß in diesen Bereichen künftig evtl. Defizite nicht mehr aus dem allgemeinen Steuerhaushalt abgedeckt werden. Im Bereich des Vermögenshaushalts unterstrich er die Investitionen für das Bürgerhaus, das Hallenbad und insbesondere den 4. Kindergarten. Im Hinblick auf die derzeitige Vormerkliste bei den Anmeldungen wäre es wünschenswert gewesen, wenn mit dem Bau des 4. Kindergartens bereits ein Jahr früher hätte begonnen werden können. Er bat dringend darum, den Kindergarten aufgrund dieser Situation nicht zweizügig zu planen und zu bauen.

Wenn auch heuer nicht finanzierbar, wären dennoch weitere Projekte wünschenswert wie z. B. eine Dreifachturnhalle, die Fertigstellung des Bürgerhauses, des Brennereigebäudes oder die Errichtung eines geeigneten Veranstaltungssaals.

Bei Durchsicht des Haushalts ist auch aufgefallen, daß zahlreiche Buchungsansätze umgruppiert worden sind. Dies ermögliche eine genauere Kostenzuordnung. Stadtrat Schurer hielt dies auch für den Grund der erhöhten Ausweisung von Unterhaltskosten für die Pflege des Stadtwaldes. Grundstücke sollten nach seiner Meinung nicht generell verkauft, sondern grundsätzlich für Tauschvorhaben vorgehalten werden. Von den im Haushalt vorgesehenen Investitionen könne zwar keine Verringerung der Arbeitslosigkeit, jedoch durchaus ein Beitrag zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze erhofft werden. Ein wesentlicher gesamtwirtschaftlich fördernder Effekt kann bei der Größenordnung des Ebersberger Haushalts nicht erwartet werden. Abschließend wies Stadtrat Schurer darauf hin, daß auch die vielen Maßnahmen im Verwaltungshaushalt deutlich dazu beitragen, die Lebendigkeit der örtlichen Gemeinschaft in Ebersberg insgesamt zu stärken.

Namens der UWG-Fraktion erinnerte Stadtrat Schechner daran, daß die UWG schon vor 7 Jahren prophezeit habe, daß die Zeiten schlechter würden. Der Haushalt 1997 könne deshalb nur vorsehen, Begonnenes fortzuführen. Er trug ferner vor, daß die Gebühren für Fäkalschlamm von bisher 10,00 DM pro cbm nicht um 100 %, sondern sogar um 200 % auf 30,00 DM erhöht worden sind. Dies sei bei allem Verständnis für notwendige Gebührenerhöhungen nicht akzeptierbar. Er werde deshalb, sollte diese Erhöhung bestehen bleiben, den gesamten Haushalt ablehnen.

Stadtkämmerer Hilger wies hierzu darauf hin, daß hier zwei Dinge unterschieden werden müssen, nämlich die vom Staat festgesetzte Gebühr für Kleineinleiter sowie die von der Stadt verlangten Kosten für die Anlieferung von Klärschlamm im Klärwerk. Die Erhöhung auf 30,00 DM ist durchaus angemessen. Zahlreiche Klärwerke in der Umgebung haben höhere Gebühren. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß Klärschlamm aus vielen Orten nicht in die dort zuständigen Klärwerke, sondern in das Ebersberger Klärwerk gebracht worden ist. Die Stadt mußte die Beseitigung dieses Klärschlammes bisher subventionieren. Vermutlich dürfte auch bei einem Preis von 30,00 DM noch nicht der gesamte auf den angelieferten Klärschlamm anfallende Kostenanteil abgedeckt werden.

Für die Fraktion der GRÜNEN dankte Frau Stadträtin Will dem Kämmerer ebenfalls für die bewährte Haushaltsführung. Sie wies darauf hin, daß auch dieser Haushalt zu Kompromissen zwingt, insbesondere bei Kunst, Kultur und Angelegenheiten der ausländischen Mitbürger. In Zukunft solle die Stadt zusätzliche Einsparungen insbesondere im Bereich alternativer Energien suchen. Dies erfordert eingehende Planungen und Bestandsaufnahmen. Wenn sich derartige Maßnahmen auch nicht kurzfristig amortisieren, sollte dabei auch an den Erhalt von Ressourcen gedacht werden.

Stadtrat Geislinger lobte ebenfalls die Qualität der Haushaltsaufstellung durch die Kämmererei. Man könne sich mit diesem Haushalt identifizieren. Er habe wesentliche Eckpfeiler wie z. B. das Bürgerhaus, den 4. Kindergarten oder die Erschließung Friedenseiche IV. Zur Einhaltung des Haushalts während des laufenden Jahres ist es erforderlich, daß der Stadtrat Antragsdisziplin und Zurückhaltung übt.

Stadtrat Mühlfenzl wies darauf hin, daß der Haushalt 1997 im wesentlichen die Abwicklung bestehender Projekte enthalte. Neu sei lediglich der Bau des 4. Kindergartens sowie eine weitere Maßnahme. Ein Novum dieses Haushalts sei auch, daß erstmals eine Kreditfinanzierung im unrentierlichen Bereich (Bürgerhaus) enthalten sei. Nicht unwesentlich für Ebersberg sei auch, daß die vorhandenen Klein- und Mittelbetriebe im Gewerbegebiet für die örtliche Bevölkerung auch Arbeitsplätze bereitstellen. Dies sollte auch richtungsweisend für ein künftiges Einheimischen-Gewerbegebiet sein.

Im übrigen braucht die Stadt dringend eine Turnhalle. Gewisse Überschüsse könnten beispielsweise zweckgebunden angespart werden. Auch sollte der Stadtrat daran denken, die Entscheidungen des Landkreises im Interesse eingedämmter Umlagen zu beeinflussen. Ein Totalverkauf von Grundstücken durch die Stadt müsse abgelehnt werden.

Bürgermeister Brilmayer wies abschließend darauf hin, daß der Stadtrat in den meisten Fragen grundsätzlich einen Konsens gefunden hat. Natürlich könnte die Wunschliste des Stadtrates um vieles erweitert werden wie z. B. neben den in der Diskussion bereits genannten Projekten den Bau eines neuen Jugendzentrums oder auch die Errichtung des künftigen städtischen Bauhofes. Gerade zu solchen Themen finden bereits konkrete Gespräche und Verhandlungen statt. Man kann deshalb insoweit diesen Haushalt nicht als reinen Abwicklungshaushalt bezeichnen.

In der Diskussion wurde mehrfach die Veräußerung von Immobilien angesprochen. Hierüber sollte in jedem Einzelfall nachgedacht werden, wenn auch grundsätzlich der Erhalt von Immobilien als Reserve für künftige Jahre wünschenswert ist. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Stadt ja in vielen Bereichen (z. B. Bürgerhaus) neue Immobilienwerte schafft.

Ein nicht unerhebliches Gewicht muß auch dem Verwaltungshaushalt zugemessen werden, dessen Ansätze in vielen Bereichen zur Verbesserung der Lebensqualität in Ebersberg beitragen.

Der 1. Bürgermeister erinnerte ferner daran, daß die Frage möglicher anderer Betriebsformen für Wasser und Abwasser Anfang März im Finanzausschuß ausführlich behandelt und im Protokoll dargestellt worden ist. Er wies abschließend darauf hin, daß trotz der auch in Ebersberg steigenden Arbeitslosigkeit der Landkreis Ebersberg derzeit die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote hat. Dies ist nicht zuletzt auf die Vielfältigkeit vor allem des mittelständischen Gewerbes zurückzuführen. Diese gesunde Struktur im gewerblichen Bereich verschont die Stadt auch vor gravierenden Einbrüchen bei der Gewerbesteuer, so daß auch dieser Haushalt ein zuverlässiges und solides Wirtschaften ermöglicht.

Der Stadtrat beschloß abschließend mit 21 : 1 Stimmen, die in der Anlage beigefügte Haushaltssatzung 1997 zu erlassen. Dem vorgelegten Haushaltsplan samt seinen Anlagen wird zugestimmt.

TOP 3

Änderung des Flächennutzungsplanes für Teilflächen aus den Grundstücken Fl.Nr. 521 und 522/2 (4. Kindergarten);

Einleitungsbeschuß

öffentlich

Bei den bisherigen Gesprächen mit dem Landratsamt hat sich gezeigt, daß zur Errichtung des 4. Kindergartens unter anderem auch eine Anpassung des Flächennutzungsplanes an diese Nutzung erforderlich ist.

Der Stadtrat beschloß mit 21 : 0 Stimmen, eine Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der vorgenannten Grundstücke mit dem Ziel der Ausweisung von Flächen für den 4. Kindergarten einzuleiten. Der Planungsverband wird mit der Durchführung der Änderung beauftragt. Stadtrat Geislinger war während der Beratung und Abstimmung zu diesem Beschluß abwesend.

TOP 4

Bürgerkomitee für eine Städtepartnerschaft mit Yssingaux/Frankreich;
Zuschußantrag 1997

öffentlich

Der Finanz- und Verwaltungsausschuß hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, dem Bürgerkomitee für das Jahr 1997 einen Zuschuß in Höhe von 12.000,00 DM zu gewähren. Vom Komitee waren 15.000,00 DM beantragt worden, im vergangenen Jahr wurden 10.000,00 DM gewährt, vom Bürgerkomitee jedoch - wie auch in den früheren Jahren - nicht voll ausgeschöpft.

Der Stadtrat beschloß mit 21 : 0 Stimmen, den Bürgerkomitee im Hinblick auf die für 1997 vorgesehene Verdichtung der Aktionen zur offiziellen Partnerschaft zwischen Yssingaux und Ebersberg einen Zuschuß in Höhe von 12.000,00 DM zu gewähren. Stadtrat Geislinger war während der Beratung und Abstimmung zu diesem Beschluß vorübergehend abwesend.

TOP 5

Verschiedenes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer berichtete, daß Frau Bürgermeisterin Bittner, Kirchseeon, Herr Bürgermeister Pfluger, Zorneding und er sich von einer Fachfirma über die Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Geschwindigkeitsmessungen informieren lassen haben. Der 1. Bürgermeister der Stadt Grafing war zu diesem Termin leider verhindert. Nachdem inzwischen auch eine jüngste Rechtsprechung klargestellt hat, unter welchen Bedingungen kommunale Geschwindigkeitsmessungen durch Dritte zulässig sind und diese Messungen auch auf Bundes- und Staatsstraßen möglich sind, sollten die Gemeinderäte der genannten vier Gemeinden von einer einschlägig tätigen Fachfirma hierzu informiert werden und die Möglichkeit zur konkreter Auskunft haben. Er schlug dem Stadtrat deshalb vor, eine entsprechende Informationsveranstaltung am 04.06.1997 im Landratsamt Ebersberg durchzuführen. Der Stadtrat nahm hiervon zustimmend Kenntnis.

Auf Anfrage von Stadtrat Mühlfenzl berichtete Bürgermeister Brilmayer ferner über folgende Planungsverfahren:

Die Planung eines neuen Aldi-Marktes an der B 304 ist seit Oktober 1996 aufgrund der eingereichten Bürgerbegehren stillgestanden. Die Büros Immich und Billinger werden nun eine konkrete Planung entwickeln, die noch vor den Pfingstferien (voraussichtlich am 13.05.1997)

im Technischen Ausschuß vorgestellt wird. Dort wird dann entschieden, mit welcher Planung die Stadt in das Auslegungsverfahren gehen wird.

Zur Planung des Baugebiets Moossteffl fanden mehrere Gespräche mit einer Arbeitsgruppe des Verkehrs- und Verschönerungsvereins sowie dem Büro Lichtblau und Bauer statt. Dabei wurden auch die Vorstellungen des Technischen Ausschusses und Gedanken der Verwaltung eingebracht. Eine neue Planung des Büros Lichtblau und Bauer liegt derzeit jedoch noch nicht vor. Sie soll je nach zeitlichem Eingang möglichst noch vor den Pfingstferien im Technischen Ausschuß behandelt werden.

Die Bebauungsplanung Rodenstock wird im nächsten Technischen Ausschuß im nichtöffentlichen Teil (städtebaulicher Vertrag) behandelt werden. Die Stadt hat hierzu vorab die Stellungnahme wesentlicher Fachbehörden eingeholt, die grundsätzlich positiv ausgefallen sind. Gespräche mit der Bundesbahn haben inzwischen folgende weitere Möglichkeit aufgezeigt: Die Stadt könnte - etwa in Höhe der Rickstraße - eine Untertunnelung von der Dr. Wintrich-Straße zum Rodenstockgelände beantragen. Diese Maßnahme könnte zu wesentlichen Teilen aus GVFG und FAG-Mitteln gefördert werden. Dies würde der Bahn ermöglichen, sich an diese Baumaßnahme anzuhängen und von dieser Unterführung aus einen Zugang zum Bahnsteig zu schaffen. Auch hierzu ist eine Verbreiterung des bestehenden Bahnsteiges notwendig. Von der Verwaltung werden die Möglichkeiten und Auswirkungen dieses Vorschlages derzeit weiter verfolgt.

TOP 6

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Frau Stadträtin Seidinger bat um Auskunft, warum die Bürger über die Erhöhung der Klärschlammgebühren nicht informiert worden seien und weshalb die entsprechenden Bescheide bereits vor Verabschiedung der Haushaltssatzung zugestellt wurden. Der Stadtrat wurde hierzu darauf hingewiesen, daß die Stadt im Stadtmagazin auf die Erhöhung der Fäkalgebühren hingewiesen hat. Die Anpassung der Gebühren ist bereits im Nachtragshaushalt 1996 sowie zusätzlich im Finanz- und Verwaltungsausschuß beschlossen und besprochen worden.

Stadtrat Geislinger wies auf seine Verärgerung über die Zerstörung des Abenteuerspielplatzes hin. Getroffen worden sind hierbei in erster Linie die Kinder, die Eltern und der Verein Abenteuerspielplatz. Der Stadtrat als Vertretung aller Bürger soll in dieser Angelegenheit ein Zeichen setzen. Obwohl eine grundsätzlich auch von ihm für erforderlich gehaltene vorherige Absprache mit den Fraktionen nicht mehr möglich gewesen ist, schlage er wegen der besonderen Bedeutung und Auswirkung dieser sinnlosen Zerstörungstat vor, als Zeichen des Stadtrates in einer einmaligen Ausnahme das Sitzungsgeld der heutigen Sitzung dem Verein Abenteuerspielplatz als Startfinanzierung für die Wiederherstellung des Abenteuerspielplatzes zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtrat beschloß mit 22 : 0 Stimmen, diesem Vorschlag zuzustimmen. Er war sich einig, daß solche Vorschläge auf ganz besondere Ausnahmensituationen beschränkt bleiben müssen und künftig vorab in den Fraktionen besprochen werden.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 21.20 Uhr

Ebersberg, 16.04.1997

Brilmayer
Sitzungsleiter

König
Schriftführer